



NIEDERSCHRIFT

über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration
am 07. Dezember 2010
Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Vorsitz : **Stefan Spallek (CDU)**

Anwesende Ausschussmitglieder: siehe Anlage 1
Ferner anwesend: siehe Anlage 2
Tagesordnung: siehe Anlage 3
Veröffentlichung: siehe Anlage 4

Beginn (öffentlicher Teil): 17:00 Uhr **Ende: 18:30 Uhr**

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der öffentlichen und nicht-öffentlichen

Drucksachenlisten DL Nrn. 40/10, 41/10 (Drucksachenband 154)

Drucksachenlisten DL Nrn. 43/10 (Drucksachenband 155)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigelegt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Zu den Redebeiträgen gilt das gesprochene Wort.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

öffentliche Sitzung

0116 Tagesordnung

1. Der Tagesordnung der heutigen Sitzung wird mit der notwendigen Zweidrittelmehrheit die Gültigkeitserklärung zur Ausländerbeiratswahl vom 07.11.2010 zugesetzt.
2. Die Punkte 2 und 6 werden gemeinsam beraten und getrennt abgestimmt.
3. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Einstimmig

0117 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses am 02.11.2010 wird genehmigt.

Einstimmig

Die Punkte 2 und 6 der Tagesordnung (Mittelvergabe und Integrationsbereitschaft) werden gemeinsam beraten.

0118 10-F-01-0104

Mittelvergabe des Ausländerbeirates an den Türkischen Jugend- und Kulturbund e.V.
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 30.11.2010 -

Stv. Schickel berichtet, dass er zum Punkt Integrationsbereitschaft schon im November Stellung genommen hat. Die Angelegenheit stellt sich als schwierig heraus, weil es keine klaren Beweise gibt. Ein Signal ist gesetzt. Der Antrag galt im November nur als eingebracht, aber er habe einen Konsens gesehen. Es irritiert ihn, dass der Vorsitzende des Vereins trotz doppelter Einladung nicht zur Sitzung erschienen ist. Auch gegen die Anwürfe in der Presse müsste er sich eigentlich wehren, tut es aber nicht, es gibt nicht einmal eine Gegendarstellung. Dadurch, dass alle Gegenwehr unterblieben ist, verdichten sich die Verdachtsmomente. Durch den neuen Antrag soll die Zahlung von städtischen Mitteln bis zur endgültigen Klärung der Angelegenheit unterbunden werden.

Vors. Spallek signalisiert, dass der Antrag von seiner Fraktion mitgetragen wird.

Stv. Dumont du Voitel weist auf den FDP-Antrag aus dem November hin, der für alle Vereine gilt.

**Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Dezember 2010**

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Zeimetz berichtet, dass die restlichen Verfügungsmittel des Ausländerbeirates komplett eingefroren worden. Für das kommende Haushaltsjahr gäbe es noch keine Genehmigung und es sei auch keine Vorab-Freigabe beantragt worden.

Zu Tagesordnungspunkt 6 berichtet sie weiter, dass in der vergangenen Woche ein längeres Gespräch mit Vertretern des Vorstands stattgefunden habe, aber noch die Stellungnahme einer Expertin ausstehe, die sich in den nächsten Tagen mit dem Ortsbeirat usw. sprechen wolle. Man würde sich gerne das gewonnene Bild von ihr abrunden lassen, man wolle auch eine Perspektive für die Zukunft.

Die Mittelvergabe durch den Ausländerbeirat sei schon länger geübte Praxis. Dieses Verfahren sei sicher nicht mehr ganz zeitgemäß. Eine Neuregelung müsse mit dem Ausländerbeirat und dem Ausschuss besprochen werden.

Stv. Schickel bedauert, dass es heute keine eindeutige Stellungnahme von Stadträtin Zeimetz gibt, weil diese Zusage im November gemacht worden ist. Ihm ist die Expertin nicht bekannt. Er findet außerdem, dass Frau Stadträtin Zeimetz kompetent genug sei, um eine Einschätzung abgeben zu können.

Stadträtin Zeimetz geht davon aus, dass sie ein endgültiges Ergebnis für die heutige Sitzung nicht zugesagt hat und hätte auch gern heute abschließend berichten wollen. Sie musste aber verschiedene Gespräche aus persönlichen Gründen 2 Mal verschieben.

Herr Tischel weist darauf hin, dass die Expertin die führende Wissenschaftlerin in Sachen Extremismus sei und ihre Einschätzung dem Dezernat sehr wichtig ist. Man wolle keine Teilergebnisse vorlegen - hätten die Sache gerne rund.

Auch Stv. Bohrer hätte nach 5 Wochen zwischen den Sitzungen heute auch mehr erwartet und signalisiert, dass der neue SPD-Antrag mitgetragen werde.

Vors. Spallek schlägt vor, den Tagesordnungspunkt 6 auf die nächste Sitzung zu verschieben, um wirklich ein abgesichertes Ergebnis zu haben.

In Bezug auf die Mittelvergabe sollte man sich für die Zukunft Gedanken machen, vielleicht in Richtung Vergabe von Tronc-Mitteln.

Stv. Schickel bedauert zwar die Verschiebung, wartet aber die kommende Sitzung mit der ausdrücklichen Aussicht auf eine verbindliche Auskunft ab.

Stv. Dr. Brenneis berichtet vom Internationalen Sommerfest vor einigen Jahren, bei dem Mitgestalter T-Shirts mit dem Aufdruck der „Grauen Wölfe“ getragen haben. Diesem Verein dürfe auf gar keinen Fall Raum gegeben werden.

Lt. Herrn Tischel werde es solche Auswüchse nicht mehr geben. Nicht nur die Mittelzahlung, sondern auch alle anderen Kooperationen seien eingefroren.

Der SPD-Antrag zur Mittelvergabe des Ausländerbeirates wird angenommen.

Einstimmig

Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0119 10-F-01-0089

Integration braucht Integrationsbereitschaft
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 20.10.2010 -

Dieser Punkt wird bis zur endgültigen Klärung und Stellungnahme der externen Expertin auf die Sitzung vom 08.02.2011 verschoben.

Einstimmig

0120 10-F-06-0064

Situation der Flüchtlinge in der Landeshauptstadt Wiesbaden
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 30.11.2010 -

Stv. Bohrer begründet den Antrag und erklärt, dass sich das Stadtparlament vor ca. 4 Jahren mit der Unterkunft in der Homburger Straße beschäftigt. Bis heute habe sich doch sicher etwas an den Zahlen und der Zusammensetzung der Flüchtlinge geändert.

Zu diesem Punkt ist Herr Jäger (Sozialdezernat) anwesend, der seinen mündlichen Bericht schriftlich nachliefern wird.

Auf Nachfrage von Stv. Bohrer berichtet er, dass ihm nicht bekannt sei, ob in der Mainzer Unterkunft unbegleitete Jugendliche untergebracht seien.

Stv. Bohrer regt an, das Außengelände der großen Unterkunft mit Spielgeräten auszustatten, da bisher dort keine vorhanden seien.

Auf Nachfrage von Stv. Konaka teilt Herr Jäger mit, dass die Zahl der Flüchtlinge abgenommen habe, die Länder, aus denen eingereist wurde, muss er recherchieren.

Einstimmig

0121 10-F-06-0065

Sachstand geplante Städtepartnerschaft mit Fatih
- Antrag der Fraktion Linke Liste vom 30.11.2010 -

Stv. Bohrer fragt nach dem Empfehlungsbeschluss des Arbeitskreises Städtepartnerschaften, den er immer noch nicht erhalten habe. Nach einem Disput zwischen Stv. Bohrer und Stv. Spallek besteht Stv. Bohrer weiter auf Überlassung der Empfehlung.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass es sich bei dem Arbeitskreis Städtepartnerschaften um ein Gremium und um keinen exklusiven Club handele, in dessen Zusammensetzung dem der Wunsch des Wählers entsprochen werde.

In der Tat sei es so, dass die Empfehlung nicht weitergegeben wurde, da das Thema Städtepartnerschaften auf das nächste Jahr verschoben.

Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Lt. Stv. Bohrer haben nicht die Wähler, sondern Stadtverordnete den Arbeitskreis gegründet. Er kritisiert die Umgehungsweise und weist auf den Beschluss des Ausschusses hin, den Empfehlungsbeschluss weiterzugeben.

Stv. Schickel geht davon aus, dass das Ganze ja nicht untergegangen sei. Es sei in der letzten Zeit eine Gemengelage entstanden, die zumindest bei den beiden größeren Fraktionen Beratungsbedarf hervorgerufen hat. Es sei deshalb nur legitim, dass die Beratung um einen Sitzungszug geschoben worden sei. Als sich eine Mehrheit für eine Partnerschaft mit Fatih abzeichnete, wollte man dies mittragen, aber jetzt sei die Angelegenheit nicht ganz unumstritten. Wenn sich die Fraktionen nochmals mit der Angelegenheit beschäftigen und sich nochmals eine Meinung bilden wollten, sollte man dies akzeptieren. Er gehe davon aus, dass noch vor der Wahl eine Entscheidung getroffen werde.

Lt. Stv. Bohrer war man erst gegen neue Partnerschaften, dann aber Feuer und Flamme für eine Partnerschaft mit Fatih, die aber jetzt keine Eile mehr habe. Es gehe ihm ausschließlich um die Verfahrensweise. Es sei bedauerlich, dass die Linke Liste nicht im Arbeitskreis vertreten sei und trotz Zusage den Empfehlungsbeschluss nicht erhalten habe.

Vors. Spallek weist darauf hin, dass sich der Arbeitskreis mit allen Bewerbungen um neue Städtepartnerschaften beschäftigt habe und nicht nur mit Fatih. Der Arbeitskreis sei gegründet worden, um sich intensiv mit den Bewerbungen, aber auch mit den bestehenden Partnerschaften beschäftigen zu können. Es sei nicht einfach gewesen, eine Empfehlung zu erarbeiten, obwohl nur 4 Fraktionen im Arbeitskreis vertreten waren. Es musste ein „Nenner“ gefunden werden, den alle mittragen können, da dieses Thema auch in der Öffentlichkeit diskutiert wird.

Lt. Stv. Bohrer sind im Land alle Fraktionen an Entscheidungsfindungen beteiligt, erst recht, wenn alle eine Entscheidung mittragen sollen.

Vors. Spallek berichtet, dass der Magistrat in der Sitzung nicht vertreten ist, weil es im Moment nichts umzusetzen gibt. Der Ausschuss müsse zu einer Entscheidung kommen, man sei aber in einem Schwebezustand. Er stellt auch noch einmal klar, dass das, was der OB macht, dies in seiner Funktion als OB tue, dies aber nicht die Aktivität des Parlaments ersetze.

In der nächsten Ausschusssitzung wird das Thema erneut aufgegriffen.

gegen Linke Liste

0122 10-F-01-0082

Männliche Jugendliche ohne Schulabschluss
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

Hierzu liegt ein schriftlicher Bericht vor, durch den der Antrag seine Erledigung gefunden hat.

Einstimmig

Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

0123 10-A-21-0001

Wiesbadener Integrationsgespräche

Vors. Spallek erklärt, dass es eine positive Resonanz auf das 1. Wiesbadener Integrationsgespräch gegeben habe.

Auch Frau Rudolph bestätigt die guten Rückmeldungen. Man wolle jetzt bereits beginnen, die Gespräche für 2011 thematisch vorzubereiten. Sie wird für die nächste Ausschusssitzung Vorschläge erarbeiten.

Stv. Schickel berichtet, dass er zunächst skeptisch war, weil die Interkulturelle Woche weggefallen sei. Er ist jetzt aber von der Gesprächsreihe begeistert, die eine ganze Menge mehr transportiert habe und so gute Resonanz erfahren habe.

Stv. Manjura kann nur an die Ausführungen anknüpfen. Die Art und Weise, wie konkret an das Thema herangegangen wurde, hat ihm sehr gefallen. Bedauerlich fand er, dass das Wiesbadener Jugendparlament nur mit einer Person vertreten war, das sei zu wenig gewesen.

Vors. Spallek hat die Berichterstattung in der Presse vermisst und hätte sich über mehr Öffentlichkeitsarbeit gefreut, gerade weil es die Auftaktveranstaltung war.

Herr Tischel räumt ein, dass dem Dezernat ein Fehler unterlaufen sei - man habe schlicht vergessen, die Presse zu informieren. Man habe sich intern sehr über das Lob gefreut und dadurch Bestätigung erhalten, dass die Interkulturelle Woche einen guten Ersatz gefunden hat.

Einstimmig

0124 Bericht der Dezernentin

Frau Stadträtin Zeimetz berichtet, dass eine Sitzungsvorlage zur Einführung der elektronischen Aufenthaltserlaubnis im Geschäftsgang ist und demnächst die Gremien erreichen wird.

Einstimmig

0125 10-V-20-0059

Statusbericht und weiterer Ausbau des onlineRathauses

Frau Rubbel ist zu diesem Punkt anwesend.

Stv. Bohrer fragt nach, ob man abschätzen könne, wie viel Geld zukünftig benötigt werde, um diesen Dienst anzupassen und weiter zu betreiben.

Frau Rubbel berichtet, dass ein neuer online-Dienst in der Entwicklung zwischen 12.000 und 18.000 € kosten dürfte. An Unterhaltskosten fielen ca. 500 € pro online-Dienst im Monat an. Man sei gerade dabei, mehrere online-Dienste zu bündeln.

Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

In der Zukunft dürften sich die Kosten reduzieren. Je mehr Dienste eingerichtet würden, desto mehr würden sich die Kosten reduzieren.

Enth. Linke Liste

0126 10-V-34-0001

Zusammenlegung der Standesamtsbezirke zum 01.01.2011

Es liegen Änderungsanträge von SPD und Linker Liste mit gleichem Wortlaut vor.

Stv. Schickel begründet den Änderungsantrag, der dem Beschluss des Ortsbeirates entspricht. Grundsätzlich werde die Zusammenlegung der Bezirke begrüßt, aber dies sei für AKK problematisch. Die offizielle Bezeichnung laute immer noch Mainz-Kastel, auch wenn jetzt ein Standesamtsbezirk geplant sei. Es gäbe z.B. auch keine Bereinigung der Straßennamen, daran sähe man auch, dass die Zusammenlegung noch unausgegoren sei. Gerade die Bewohner/innen von Kastel seien sehr historienbewusst. Der Name Kastel reiche zurück bis in die Römerzeit.

Stv. Bohrer möchte keine Grundsatzdebatte führen und verweist auf den Eingemeindungsvertrag zwischen Kastel und Mainz aus dem Jahr 1908. Auch er sieht Schwierigkeiten für traditionsbewusste Menschen, die in Kastel oder Kostheim heiraten wollen und führt auch die Namensgleichheit von Straßen an. Er plädiert dafür, ein Standesamt Kastel/Kostheim zu belassen.

Stadträtin Zeimetz sieht erhebliche Vorteile bei der Zusammenlegung der Standesamtsbezirke und berichtet von einem Fall einer Nottrauung in der HSK. Der Leiter einer Ortsverwaltung hätte gern selber die Trauung durchgeführt, war aber nicht zuständig, so dass Frau Wintermeyer vom Standesamt Wiesbaden die Trauung vornehmen musste. Man habe sich auch die Eingemeindungsverträge genau angeschaut - die Standesamtszugehörigkeit ist nirgendwo erwähnt. Das Problem mit den Straßennamen kann man nicht so schnell lösen. Außerdem ist das Thema auf Kastel und Kostheim beschränkt, Amöneburg ist von dem Problem weniger betroffen. Sie schlägt vor, beim Innenministerium nachzufragen, ob man auch bei einem einheitlichen Standesamtsbezirk die Stempel für Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim beibehalten kann.

Stv. Bohrer hält es für sinnvoll, alle betroffenen Ortsbeiräte zusammenzurufen. Nach seinem Kenntnisstand haben Frau Seibt und Herr Esser bereits mit dem Innenministerium telefoniert, das die Sache als problematisch ansieht.

Stv. Schickel bittet um Verständnis, weil man im Wort stehe. Er legt schon Wert darauf, dass AKK nicht Wiesbaden ist und möchte dem Votum des Ortsbeirates Kastel folgen.

Vors. Spallek schlägt alternativ eine Sondersitzung vor der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vor oder die Beschlussfassung zu der Sitzungsvorlage vor. Er könnte sich für seine Fraktion vorstellen, die Sitzungsvorlage so wie sie jetzt vorliegt zu beschließen mit der Prämisse, dass Stadträtin Zeimetz klärt, ob man den Stempel Mainz-Kastel und Mainz-Kostheim weiter verwenden kann.

Stv. Bohrer fragt nach dem in der Sitzungsvorlage beschriebenen Synergieeffekt.

Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Stadträtin Zeimetz sieht vor allem einen größeren Service für die Bürger/innen. Auch die Bestatter, die jetzt aus den Vororten in die Innenstadt fahren müssen, um einen Sterbefall beurkunden zu lassen, könnten dies zukünftig in den Ortsverwaltungen tun.

Die Änderungsanträge werden zusammen abgestimmt, weil sie wortgleich sind.
Die Änderungsanträge werden gegen die Stimmen von CDU und FDP angenommen.

Die ergänzte Sitzungsvorlage wird wie folgt abgestimmt:

gegen CDU und FDP angenommen

0127 10-V-30-0018

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK I
Mainz-Kastel

Einstimmig

0128 10-V-30-0020

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden-
Erbenheim

Einstimmig

0129 10-V-30-0019

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsamsbezirk Wiesbaden-
Bierstadt

Einstimmig

0130 10-A-21-0004

Gültigkeit der Ausländerbeiratswahl

Einstimmig

0131 Verschiedenes

Zu diesem Punkt wird das Wort nicht gewünscht.

Einstimmig

Seite 9 der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Bürgerbeteiligung,
Völkerverständigung und Integration am 07. Dezember 2010

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
Nr. Nr.

Anlagen

Wiesbaden, .01.2011

Vorsitzender

Schriftführerin

Weitere Schriftführerin

Spallek

Karipidou

Koba